

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantwortl. Redakteur **Frans Michew.**
Wien, I. Neues Rathaus.

25. Jahrgang. Wien, Dienstag, 1. Juli 1919. No 272.

Die Brotkommissionen Montag geschlossen. Mit Rücksicht auf die Montag 7. d.M. stattfindende Bezirkslehrerkonferenz entfällt an diesem Tage der Dienst in den Brotkommissionen und bleiben daher die Kommissionen lokale geschlossen. Zur Vermeidung von Störungen in der Abwicklung des Parteienverkehrs wird Sonntag, 6. d.M. von 9 Uhr früh bis 12 Uhr mittags normaler Wochentagsdienst gehalten.

Die Sonntagsruhe für Banken, Zeitungen, Geschäftsvermittlungen u.dgl. Die Sonntagsruhenovelle vom 15. Mai d.J. bestimmt, dass auch für Banken und andere im Handlungsgesetz angeführte Unternehmungen die Bestimmungen des Sonntagsruhesetzes zu gelten haben, jedoch mit der Massgabe, dass für diese Betriebe, insoweit sie nicht die Erzeugung von Waren zum Gegenstande haben, die für das Handelsgewerbe geltenden Bestimmungen anzuwenden sind. Ausser den Banken fallen in den Kreis der angeführten Bestimmungen Kreditanstalten, Sparkassen, Vorschusskassen, Krankenkassen u. dgl., Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Vorsatz-, Versorgungs- und Rentenanstalten, Versicherungsanstalten jeder Art, dann periodische Druckschriften hinsichtlich Schriftleitung, Verwaltung und Verschleiss, Zivilingenieure, nicht autorisierte Architekten und Zivilgeometer, Privatgeschäftsvermittlungen, Auskunftsbüros und Handelsmäkler. Für diese Unternehmungen ist der Beginn der Sonntagsruhe für Samstag um 2 Uhr nachmittags, soweit aber Säuberungs- und Instandhaltungsarbeiten vorgenommen werden um 4 Uhr nachmittags festzusetzen. Diese Anordnungen treten am 1. Juli in Wirksamkeit. Von diesen Anordnungen gibt es Ausnahmen, die im Sonntagsruhesetz selbst behandelt sind und solche, die die Landesregierung, generell oder für Einzelunternehmungen verfügen kann.

Sühneverhandlungen. Die Sühneverhandlungen bei den Gemeindevermittlungsämtern Mariahilf, Neubau und Josefstadt finden im Juli am 2., 9., 16., 23. und 30. statt.

Freiplätze der Gemeinde an der Exportakademie. Für das Studienjahr 1919/20 kommen an der allgemeinen Abteilung der Exportakademie 5 Freiplätze mit einjähriger Studiendauer zur Vergebung. Anspruch hierauf haben in Wien heimatherechtigte, bedürftige Absolventen der Gymnasien, Realschulen und Staatsgewerbeschulen. Die mit den nötigen Dokumenten versehenen und an den Wiener Magistrat Abteilung XIII zu richtenden Gesuche sind bis längstens 8. Juli bei der Direktion der Exportakademie einzureichen.

Schulfreie Tage. Montag, 7. d.M. findet die Bezirkslehrerkonferenz und Mittwoch 9. d.M. findet die Bürgerschullehrerkonferenz statt. Aus diesem Grunde hat am 9. Juli der Unterricht an den Bürgerschulen und am 7. Juli auch an den allgemeinen Volksschulen zu entfallen.

Stadtbauinspektor Dr. Goldemund über den Friedensvertrag.

Eine Kundgebung des österr. Ingenieur- und Architektenvereines.

Der Ingenieur- und Architektenverein hielt gestern eine ausserordentliche Vollversammlung ab, in welcher der Präsident des Vereines, Nationalrat Stadtbauinspektor Ing. Dr. Goldemund über die technisch wirtschaftlichen Bestimmungen des Deutschösterreich vorggelegten Friedensvertrages referierte. Aus den Darlegungen des Redners, welche auf die Versammlung tiefen Eindruck machten, sei Folgendes hervorgehoben: Die Friedensbestimmungen zerstören die Grundlage der technischen Arbeit in Deutschösterreich. Sie lähmen die Arbeitskraft dieses Volkes, indem sie durch

Losreissung von grossen fruchtbaren Teilen deutschen Gebietes die Volksernährung in Frage stellen. Sie unterbinden die Arbeitsmöglichkeiten durch eine unerhörte Schädigung an Volkserträgen und an solchen Ländergebieten, welche wichtigste Rohestoffe, wie Kohle und Holz, sowie zahlreiche bedeutende Wasserkräfte besitzen. In letzterer Hinsicht wird dargelegt, dass uns durch die Grenzbestimmungen Wasserkräfte von rund 700.000 PS verloren gehen, wovon die Hälfte sogenannte Grosswasserkräfte sind. Aber auch in der Ausnützung der uns verbleibenden Wasserkräfte, die wir zum Ersatze der uns fehlenden Kohle so dringend benötigen, stehen wir vor einer schweren Hemmung, da die Ausnützung der Donauwasserkräfte an die Zustimmung aller in der internationalen Donaukommission vertretenen Staaten gebunden ist. Schwerste Schädigung jeder technischen Arbeit erwächst uns ferner aus jenen Bestimmungen, welche die Handelsfähigkeit und das Verkehrsrecht des Staates betreffen. Insbesondere ist das Verlangen nach uneingeschränkter Parität und Meistbegünstigung für die Verbündeten und assoziierten Mächte auf den deutschösterreichischen Verkehrswegen ohne Zusicherung einer Gegenseitigkeit für Deutschösterreich, dann die zu Gunsten des tschechoslovakischen Staates vorgesehenen Bedingungen für die Benützung einer Bahndurchzugslinie durch Deutschösterreich, endlich die Beschränkung der deutschösterreichischen Schifffahrt auf der Donau und die Entziehung des gesamten deutschösterreichischen Schiffparkes vom Standpunkte unserer Lebensinteressen undurchführbar und daher unannehmbar.

Die Ausführungen Dr. Goldemunds führten die Versammlung zu einer Entschliessung, welche die Darlegungen des Referenten kurz zusammenfasst, der Ueberzeugung Ausdruck gibt, dass ein Staat, der solche Bedingungen annehmen müsste, nicht lebensfähig wäre. Die Ausführung dieser Friedensbedingung würde den Untergang der Kultur unseres Landes bedeuten. In diesem Sinne richtet die Versammlung namens der von ihr vertretenen technischen Wissenschaft und technischen Arbeit Deutschösterreichs die Bitte an die Westmächte, die Friedensbedingungen nach Anhörung der Delegierten Deutschösterreichs eingehend zu überprüfen und weitgehendst zu mildern.

Erste Oesterreichische Sparkasse. Im abgelaufenen Monate wurden bei der Ersten österreichischen Sparkasse im Spar- und Scheckverkehre von 11.669 Parteien K 8,418.411 eingelegt, an 26.133 Parteien K 54,846.589 rückgezahlt und es belief sich der Gesamt Einlagenstand nach Zuschreibung der $\frac{1}{2}$ jährigen Zinsen an 30. v.M. auf K 728,316.248. Hypothekendarlehen wurden K 2,694.408 zugesöhlt, dagegen K 1,555.222 rückgezahlt, so dass sich der Stand der Hypothekendarlehen an 30. v.M. auf K 317,475.888 stellte. Die Pfandbriefdarlehen beliefen sich Ende des Monats auf K 17,592.234; 60jährige Pfandbriefe waren K 18,295.400 im Umlaufe. Wechsel wurden K 1,114.300 eskontiert, dagegen K 9,698.400 einkassiert, von Kassenscheinen der ö.u. Bank K 28,140.000 einkassiert. Der Besitz an Wechseln und Kassenscheinen der ö. u. Bank betrug noch am 30. d.M. K 26,490.107.